

[20min.ch](https://www.20min.ch)

So will die Wirtschaft aus der Krise kommen

6-7 minutes

Economiesuisse-Plan

Schuldenabbau, 5G-Ausbau und mehr Klimaschutz: Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse hat einen Plan zur Wiederbelebung der Schweizer Wirtschaft veröffentlicht. Experten machen den Realitäts-Check.

1 / 8

Die Wirtschaft leidet unter der Corona-Krise. Economiesuisse hat deshalb einen Plan für den Weg aus der Krise vorgestellt.

Tamedia AG

So sollen die Ausgaben für Bildung, Forschung und Innovation priorisiert werden.

Economiesuisse fordert auch einen zügigen Ausbau des 5G-Netzes.

Tamedia AG

Finanzprofessor Christoph Schaltegger von der Universität Luzern rät zur konsequenten Weiterverfolgung der Digitalisierung.

Heinz Zimmermann, Professor für Finanzmarkttheorie an der Universität Basel, glaubt, dass sich die Schweiz die Schulden ohne neue Steuererhöhungen leisten kann.

Universität Basel

- Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse hat Massnahmen vorgeschlagen, wie die Wirtschaft aus der Krise kommen könnte.
- Experten sehen gute Chancen für manche der Forderungen.
- Der Schweizerische Gewerkschaftsbund rät von Sparmassnahmen ab.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise sind dramatisch. Es drohen weitere Betriebsschliessungen und Arbeitslose, schreibt Rudolf Minsch. Der Chefökonom des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse hat ein [Programm erstellt](#), wie die Schweizer Wirtschaft überleben könnte. 20 Minuten stellt ausgewählte Massnahmen vor und lässt Experten einschätzen, wie realistisch ihre Umsetzung ist:

Economiesuisse will die Innovationskraft in der Schweiz fördern und dafür die Ausgaben für Bildung, Forschung und Innovation priorisieren. Finanzprofessor Christoph Schaltegger von der Universität Luzern hält die Forderung für wichtig. Damit werde das langfristige Wachstumspotenzial der Volkswirtschaft gestärkt, was auch dem Sozialstaat zugutekomme, sagt Schaltegger zu 20 Minuten. Er sehe gute Chancen, dass die Forderung von der Politik aufgenommen

wird.

Heinz Zimmermann, Professor für Finanzmarkttheorie an der Universität Basel, warnt aber vor politischem Opportunismus, bei dem nicht zwingend der wirtschaftliche Innovationswert im Vordergrund stehe. Entscheidend sei, mit welchen Argumenten und in welchen Bereichen man öffentliche Gelder für die Innovation rechtfertige.

Economiesuisse will das 5G-Netz zügig ausbauen und einen digitalen Ausweis einführen lassen. Dazu brauche es rasch Anpassungen bei der digitalen Infrastruktur und den relevanten Gesetzgebungen.

Auch Finanzexperte Schaltegger rät dazu, die Digitalisierung konsequent weiterzuverfolgen, weil sie ein wesentlicher Standortvorteil sei. Heinz Zimmermann sieht erhebliche Defizite in mehreren Bereichen, die es zu beheben gelte, wie etwa bei der Datensicherheit, Cyberkriminalität und Systemstabilität.

Die angehäuften Schulden will Economiesuisse nicht mit Steuererhöhungen abbauen. Stattdessen sollen dazu die Kreditreste des ordentlichen Haushalts, Gewinnausschüttungen der SNB und sämtliche ausserordentlichen Einnahmen verwendet werden.

Finanzprofessor Schaltegger hält diese Forderung für sehr wichtig. Werde die Schuldenbremse ausgesetzt und die Unabhängigkeit der SNB beschädigt, sei mit Steuererhöhungen zu rechnen.

Finanzmarkttheorieprofessor Zimmermann glaubt, dass die Schweiz als eines der wenigen Länder die neuen Schulden ohne Steuererhöhungen leisten kann. «Die wirtschaftliche

Lage ist intakt, und die Staatsfinanzen waren vor der Pandemie ausgeglichen», sagt Zimmermann. Auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund schreibt von einem sehr grossen finanzpolitischen Spielraum der Schweiz. Er rät von Sparmassnahmen ab, weil sie zu noch mehr Arbeitslosigkeit führen würden.

Die Sozialsysteme will Economiesuisse nicht mit zusätzlichen Ausgaben sichern. Minsch plädiert stattdessen für die Sicherung der Altersvorsorge durch Flexibilisierung des Rentenalters. Finanzprofessor Schaltegger sagt, ohne Sozialsystemreformen werde sich die finanzielle Situation der Sozialwerke noch schneller als erwartet zuspitzen.

Laut Heinz Zimmermann sind die Sozialsysteme nicht erst seit der Corona-Krise an ihre Belastungsgrenze gekommen. Umso wichtiger sei nun aber eine klare Unterscheidung zwischen Sozial- und Vorsorgeleistungen. Sozialleistungen wie die Altersrente könnten im aktuellen Zinsumfeld nicht über Kapitalmärkte finanziert werden. Anders ist es bei Vorsorgeleistungen wie der Pensionskasse – die erforderten aber Anlagerisiken, weil die Finanzierung unsicher sei.

Beim Klimaschutz rät Economiesuisse von Technologieverböten und sachfremden Verknüpfungen ab und plädiert für Eigenverantwortung von Wirtschaft und Bevölkerung. Christoph Schaltegger findet das einen wichtigen Punkt, denn es sei zu befürchten, dass der marktwirtschaftliche Ansatz in der Klimapolitik immer weniger befolgt wird.

Economiesuisse wünscht sich ausserdem eine verstärkte internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz.

Finanzprofessor Zimmermann rät hingegen davon ab. «Die

Schweiz ist dank der wirtschaftlichen Voraussetzungen und des Wohlstands eines der wenigen Länder, das sich die Umsetzung der Klimaziele finanziell überhaupt leisten kann», sagt Zimmermann. Die Schweiz dürfe einen proaktiven und eigenständigen Weg einschlagen.

Kaufkraft stärken

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hält wenig von den Economiesuisse-Plänen, wie Sprecher Urban Hodel zu 20 Minuten sagt. Er schlägt zur Krisenbewältigung vor, die Kaufkraft der Erwerbstätigen zu erhalten. So sollen Arbeitnehmende in Kurzarbeit den vollen Lohn von der Arbeitslosenversicherung bekommen. Die Kurzarbeit soll auf 18 Monate ausgedehnt werden. Dafür soll die Arbeitslosenkasse zusätzliche Mittel vom Bund erhalten.